

- 151 175.30 Soziales/Integration; Individuelle Sozialhilfe; Sozialhilfe Soziales + Jugend – Margrit Junker Burkhard
Motion SVP; Traktandierung Geschäft Einberufung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission in Sachen Malus Sozialdienste Lyss (PUK Soziales) an einer der nächsten GGR-Sitzungen

Ausgangslage

Gestützt auf die Information, wonach die Gemeinde Lyss einen Sozialhilfe-Malus verfügt erhält, hat die Fraktion SVP/EDU am 03.11.2014 eine Motion „Einberufung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission in Sachen Malus Sozialdienste Lyss (PUK Soziales)“ eingereicht.

Begründet wird die PUK damit, dass es dem GR bis Datum nicht gelungen ist, die nötige Transparenz in das Fiasko der Sozialdienste Lyss zu bringen. Die Fraktion SVP/EDU erachtet es deshalb als notwendig, die Abläufe und die Prozesse der Sozialdienste Lyss im Rahmen einer PUK zu untersuchen, damit dem GR klare Anweisungen für die künftige Handlungsweise gegeben werden könne.

Rechtliche Grundlage

Gemäss Art. 50 der Gemeindeordnung Lyss kann eine parlamentarische Untersuchungskommission bei Vorkommnissen von grosser Bedeutung, insbesondere bei erheblichen Kreditüberschreitungen eingesetzt werden.

Der Malus ist noch nicht rechtskräftig verfügt, daher ist streng genommen das Ereignis von grosser Bedeutung noch gar nicht rechtlich eingetreten.

Beurteilung des GR

Der GR hält vorweg fest, dass von einem Fiasko im Sozialdienst Lyss nicht die Rede sein kann und er distanziert sich ausdrücklich von dieser Formulierung in der Motion.

1. Am 03.11.2014 reichte die Fraktion FDP/glp das dringliche Postulat zur Situation der Sozialhilfekosten in Lyss ein, welches am 11.05.2015 vom Parlament behandelt wird.
Für inhaltliche Aspekte und insbesondere für den Handlungsspielraum des Sozialdienstes Lyss wird auf die ausführlichen Darstellungen in der Antwort des GR verwiesen.
2. Unabhängig eines Sozialhilfe-Malus haben der GR und die Abteilung Soziales + Jugend bereits in den Richtlinien + Zielsetzungen 2014 – 2017 als Massnahme 2014/2015 formuliert: „Eine Analyse der gesetzlich möglichen Massnahmen und der kommunalen politischen Einflussnahme in der Sozialhilfe abzuklären.“
3. Der GR hat in der Sitzung vom 03.11.2014 beschlossen, gegen die Malus-Verfügung des Sozialamtes des Kantons Bern (SOA) Beschwerde zu führen. Martin Buchli, Rechtsanwalt, Bern, hat namens der Gemeinde Lyss Verwaltungsbeschwerde gegen das SOA in Sachen Sozialhilfe-Malus Verfügung vom 09.10.2014 eingereicht. Der Inhalt der Beschwerde ist bekannt. Sie zeigt detailliert auf, dass das Bonus-Malus-System des Kantons inhaltlich und rechtlich nicht haltbar ist und insbesondere keine verwertbare Aussage zur Arbeits- oder Kosteneffizienz des Sozialdienstes Lyss zulässt.
4. Das Ressort und die Abteilung Soziales + Jugend haben bei den ersten Anzeichen für einen Malus sofort mit den zuständigen Stellen beim Kanton Kontakt aufgenommen. Es haben verschiedene Verhandlungen stattgefunden mit dem Ziel, Erklärungen oder Lösungen zu finden.
Ergänzend dazu hat der GR verschiedene Abklärungen und Sofortmassnahmen eingeleitet.
 - Beizug von Kurt Jaggi, Rechtsanwalt, Hinterkappelen (ehemaliger Leiter SOA) als externe fachliche Unterstützung



- Analyse der Sozialhilfestruktur in Lyss seit dem Jahr 2010 unter anderem mit Unterstützung des Bundesamtes für Statistik
- Analyse der differenzierten Sozialhilfe-Abrechnungen 2012 und 2013 unter Beizug der Finanz- und Revisionsstelle der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF)
- Überprüfung der 50 teuersten Sozialhilfedossiers aus dem Jahr 2012 im Bereich der situationsbedingten Leistungen (SIL) durch einen externen Fachexperten
- Analyse der Organisation, der Abläufe und der Stellendotation durch die socialdesign AG, Bern. Beschluss des GR am 31.03.2014, der Abteilung in Ergänzung der vom SOA an die Sozialdienste Lyss verfügbaren Fach- und Administrationsstellen zusätzliche 190 Sozialadministrationsstellen zu bewilligen
- Seit August 2014 sind beide Sozialadministrationsstellen besetzt. Einerseits zur Verstärkung im Bereich der differenzierten Sozialhilfebuchhaltung, andererseits für die Unterstützung im Bereich der Subsidiarität und der Sozialversicherungen für das neu eingeführte Sozialhilfe-Intake
- Mit der Diartis AG und der GEF wurde weiter auch der differenzierte Sozialhilfe-Kontiplan analysiert und per 01.01.2015 angepasst
- Revision der differenzierten Sozialhilferechnung 2013 durch den Leiter Finanzen und Revision des SOA (GEF)
- Durchführung Qualitäts- und Leistungscheck Sozialdienste (QLS) durch Berner Fachhochschule im Auftrag des SOA der GEF; Ergebnisse werden aktuell ausgewertet
- Auswertung des neu eingeführten Sozialhilfe-Intake (im Gang)
- Einführung eines Fallsteuerungsmodell in der Sozialberatung (für Mitte 2015 geplant)

5. Seit 2001 (revidiertes Sozialhilfegesetz) Durchführung von regelmässigen Dossierkontrollen durch die Kommission Soziales in der individuellen Sozialhilfe: Bis heute wurde in keinem einzigen Fall unrechtmässige Ausrichtung von Sozialhilfeleistungen oder die Nicht-Einhaltung der vom Kanton vorgegebenen Sozialhilfe-Unterstützungsrichtlinien festgestellt.

6. Analyse Rechtsanwalt Martin Buchli in der Malus-Beschwerde zur Arbeitsweise der Sozialdienste Lyss:

- Skalierte effektive Kosten je Dossier liegen mit +2.1% nur minimal über dem kantonalen Durchschnitt. Diese effektiven Kosten (skaliert) pro Dossier des Sozialdienstes Lyss entsprechen in etwa den Kosten der Sozialdienste Fraubrunnen, Wohlen und Lengnau. Sie sind deutlich unter den Kosten der Sozialdienste Nidau, Orpund, Bern und Biel. Der Sozialdienst Lyss ist im Vergleich zudem um Welten besser als die beiden Bonus-Sozialdienste Centre Orval (+26.9%) und Tramelan (+46.7%).
- Der Sozialdienst Lyss ist über sämtliche 68 geprüften Sozialdienste hinweg auf der Seite der Einnahmen (pro Dossier) kantonaler Spitzenreiter.
- Analyse der SIL hat ergeben, dass der Vorwurf des SOA nicht zutrifft, der Sozialdienst Lyss richte SIL-Leistungen zu grosszügig aus.

7. Eines der Kriterien für die Berechnung des Malus ist der Leerwohnungsbestand. Dieser wurde von der Gemeinde Lyss aufgrund der gewählten und vom Bundesamt für Statistik akzeptierten Berechnungsmethode in den letzten Jahren zu tief ausgewiesen. Für das Jahr 2014 findet eine Korrektur von 1% auf ca. 4.4% statt, indem das Berechnungssystem* neu festgelegt wird. Das Bundesamt für Statistik hat mit Schreiben vom 27.01.2015 einem entsprechenden Antrag des GR vom 29.12.2014 grundsätzlich zugestimmt. Es wird versucht, auch die Zahlen der Vorjahre 2012 und 2013 anzupassen. Es ist davon auszugehen, dass die Abweichungen in diesen für den Malus relevanten Jahren ähnlich hoch waren wie diejenige im 2014.

Auf der Basis dieser neuen Zahlen wird sich die Gemeinde Lyss mit ziemlicher Sicherheit nicht mehr im Malus Bereich befinden. Die Argumentation zeigt einmal mehr auf, wie wenig die statistischen Grundlagen der GEF für die Berechnung des Malus mit der tatsächlichen Effizienz eines Sozialdienstes zu tun haben.

**Berechnung des Leerwohnungsbestandes*

Die bisherige Erfassung des Leerwohnungsbestandes erfolgte mittels freiwilliger Meldung der Liegenschaftsbesitzer jeweils per 1. Juni.



Die neue Erfassung erfolgt mit der EDV durch einen Abgleich der Gebäuderegistrierung und der Einwohnerkontrolle. Jede angemeldete Person ist im System einer Wohnung zugeordnet. Die ermittelten freien Wohnungen werden dann manuell nochmals überprüft, ob sie gewerblich genutzt werden. Die übrig gebliebenen freien Wohnungen ergeben den aktuellen Leerwohnungsbestand.

8. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Bonus-Malus-Modell des Kantons in keiner Weise den Schluss zulässt, dass die Sozialdienste Lyss ineffizient arbeiten. Sämtliche bisherigen externen und internen Überprüfungen zu den Sozialhilfekosten, der Organisation und den Abläufen weisen darauf hin, dass der Sozialdienst Lyss zeitgemäss und gut organisiert arbeitet. Auch in Bezug auf die Einnahmen und Ausgaben absolut unauffällig im Benchmark zu sämtlichen übrigen Sozialdiensten im Kanton Bern steht.
9. Eine PUK wäre mit Kosten verbunden. Der GR geht von folgenden Schätzungen aus:
 - Expertisen und Analysen ca. Fr. 40'000.00 bis 70'000.00 (abhängig von der Auftragsformulierung)
 - Sekretariat, Sitzungsgelder und Spesen: ca. Fr. 15'000.00 bis 25'000.00Das sind grobe Schätzungen, die von den effektiven Kosten abweichen können. Mit hohen Kosten müsste insbesondere gerechnet werden, wenn auch auf die Ergebnisse von Benchmarkings gesetzt würde. Das bedingt die Entwicklung von entsprechenden Instrumenten. Solche Benchmarkings könnten im übrigen nur dann durchgeführt werden, wenn andere Sozialdienste bzw. Gemeinden einem Einbezug ihrer Kosten und Strukturen zustimmen.

Fazit

Der GR kommt aufgrund der heute bekannten Faktoren zum Schluss, dass das Bonus-Malus-Modell zur Beurteilung eines Sozialdienstes untauglich ist. Er beantragt, auf zusätzliche Abklärungen beim Sozialdienst Lyss durch eine PUK zu verzichten. Mit einer PUK könnten mit grosser Wahrscheinlichkeit keine zusätzlichen neuen Erkenntnisse gewonnen werden. Gleichzeitig würden hohe Kosten entstehen.



Eintreten

Keine Eintretensdebatte.

Erwägungen

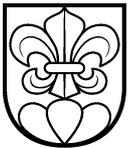
Junker Burkhard Margrit, Gemeinderätin, SP: Die Rednerin möchte nur eine kleine Ergänzung anbringen. In der PK Soziales + Jugend wurde bemängelt, dass der GR die Kosten einer PUK geschätzt und diese im Geschäft aufgeführt hat. Der GR wollte damit nur verdeutlichen, dass eine PUK finanzielle Folgen haben wird. Zudem handelt es sich nur um eine grobe Schätzung, welche tiefer oder auch höher ausfallen kann.

Köchli Urs, SVP: Die Fraktion SVP/EDU hat eine PUK in Sachen Malus Sozialdienste Lyss gefordert. Der Redner möchte kurz erklären, wieso dies verlangt wird. Das Motto des Redners für heute Abend lautet: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“. Schaut man die Sozialdienste National an, muss man unweigerlich erkennen, dass die Kosten überall ansteigen und zwar explosionsartig. Der Redner zitiert aus einer Zeitung, welche nicht gerade eine „rechte“ Zeitung ist. Der Redner schaut weder Fernsehen noch Radio. Er liest jedoch täglich im Bieler Tagblatt und das, was er liest, lässt aufhorchen. Einzelne Kantone und Gemeinden stossen mit ihren Finanzen langsam an ihre Grenzen. Es gibt Gemeinden, welche wegen den Sozialdiensten die Steuern erhöhen müssen. Dies ist doch eigentlich alarmierend. Zudem ist zu hören, dass die Sozialleistungen dauernd ausgebaut werden. Das Wort „Sozialindustrie“ möchte der Redner zwar nicht in den Mund nehmen, trotzdem gehe es langsam in diese Richtung. Die SVP hat landesweit versucht, dies zu beheben und hat diverse Vorstösse eingereicht, welche allesamt abgelehnt wurden. Der Redner nimmt an, dass dies auch heute Abend der Fall sein wird. Den Redner beunruhigt, dass jemand der nicht arbeitet gegenüber jemandem der am Morgen aufsteht und zur Arbeit geht, am Schluss fast gleich viel Geld verdient. Dies darf doch nicht sein. Genau dort möchte der Redner ansetzen.

Auf Stufe Kanton sind wir langsam das Armenhaus der Schweiz und die Gemeinde Lyss ist mit diesen Sozialausgaben keine Ausnahme mehr. Der Kanton Bern beherbergt zudem die Stadt

mit den grössten Sozialausgaben, nämlich die Gemeinde Biel. Vor 40 Jahren besuchte der Redner das Gymnasium in Biel. Damals habe man zu ihm gesagt, dass er sich glücklich schätzen könne, da er sich in der Zukunftsstadt der Schweiz aufhalte. Nach 40 Jahren hofft der Redner nun, dass nicht Biel die Zukunftsstadt sein wird. Der Redner bezieht sich auf die Stufe der Gemeinde Lyss und stützt sich auf einen Artikel aus dem Bieler Tagblatt des letzten Monats. Der Artikel zeigt, dass die Gemeinde Lyss pro Kopf der Bevölkerung und pro Sozialfall Fr. 10'000.00 ausgibt und die Nachbargemeinde Aarberg nur Fr. 7'000.00. Der Redner möchte wissen, woher diese Differenz kommt. Wie kann es sein, dass zwei nebeneinanderliegende Agglomerationsgemeinden solch differenzierende Sozialausgaben haben. Alle die aufmerksam das Bieler Tagblatt gelesen haben, konnten feststellen, dass die Gemeinde Kappelen gekündigt hat und sich nun dem Sozialdienst in Aarberg angeschlossen hat.

Regierungsrat Philippe Perrenoud, hatte jedoch die gute Idee das Rating in die Welt zu setzen. Das Rating ist ein Wettbewerb und sollte eine Analyse über die Arbeit gewisser Institutionen aufzeigen. Der Redner hat selbst mehrere Ratings erlebt und weiss, um was es dabei geht. Der Gemeinde Lyss waren die Parameter von diesem Rating bekannt. Ein Informant aus einer anderen Sozialabteilung des Kantons Bern teilte dem Redner mit, dass im Voraus klar war welche Punkte bei diesem Rating zu beachten waren und reagierten frühzeitig darauf. Die Abteilung Soziales + Jugend der Gemeinde Lyss wurde von diversen Institutionen durchleuchtet. Der Redner fragt sich, wieso erst Massnahmen ergriffen wurden, als das Rating schlecht ausgefallen war und was passiert wäre, wenn die Gemeinde Lyss dabei sehr gut abgeschlossen hätte. Eine Diskussion über dieses Thema würde heute Abend somit nicht stattfinden. Das Rating erst nach einem schlechten Resultat anzuzweifeln empfindet der Redner als befremdend. So etwas hätte es früher in der Schule nicht gegeben. Wer eine schlechte Note erhalten hat, der hatte diese auch zu akzeptieren.



Wie bereits erwähnt, würde eine PUK die Gemeinde Lyss auch Geld kosten. Der Redner dankt dem GR für den Sparwillen. Der Redner möchte in diesem Zusammenhang wissen, wie viel die Einsprache durch den Rechtsanwalt gekostet hat, welche der GR angeordnet hat. Der Redner findet es befremdend, dass das Geld für eine PUK gespart werden soll, scheinbar aber für das Beschwerdeschreiben an den Kanton Geld zur Verfügung steht. Der Redner hat die Beschwerdeantwort gelesen, diese jedoch nicht ganz verstanden. Eine PUK wäre eine paritätische Kommission, aufgeteilt nach Fraktionsstärke. Jede Fraktion im GGR hätte die Möglichkeit Personen zu stellen und eine Kommission zusammen mit ein paar Spezialisten ins Leben zu rufen. Weiter wünscht sich der Redner die Einsicht in die Dossiers. Darin sollte ersichtlich sein, wie viel Geld ein Sozialhilfeempfänger bekommt, wieso und wie lange diese Unterstützung dauert und auf welchen Grundlagen diese Entscheidungen erfolgen. Es ist nicht die Absicht des Redners, die Parlamentskommission, welche diese Dossiers kontrolliert hat, anzugreifen. Bestimmt hat die Parlamentskommission ihre Arbeit gut gemacht, jedoch konnten nur die „nackten“ Zahlen überprüft werden. Keiner kann jedoch sagen, wieso ein Sozialhilfeempfänger hier in Lyss so lange, so viel Geld bekommt und auf welcher Entscheidungsgrundlage dies beruht. Dies ist der wichtigste Punkt in dieser PUK, welche der Redner sehen möchte. Am Schluss hätte die PUK ein Resultat. Die PUK könnte zum Schluss kommen, dass das Rating vom Kanton gerechtfertigt war und gewisse negative Punkte gefunden wurden. Möglicherweise könnte die Gemeinde Lyss nach der Analysierung auch positive Lehren daraus ziehen. Selbstverständlich wäre auch möglich, dass die PUK zu einem durchwegs positiven Resultat führen würde. Dies wäre für die Abteilung Soziales + Jugend eine grosse Entlastung. Ein positives Resultat würde dem GGR die Sicherheit bieten, die Arbeit der Abteilung Soziales + Jugend nicht weiter zu hinterfragen und sich darüber Gedanken zu machen.

Der Redner kann nicht verstehen, wieso sich der GR gegen diese PUK wehrt. Eine PUK würde allen GGR Mitgliedern einen Einblick in die Resultate ermöglichen. Der Redner rechnet damit, dass die PUK nicht angenommen wird. Wer nicht offen kommunizieren und aus irgendwelchen Gründen keinen Einblick in die Dossiers geben will, hat unter Umständen ein schlechtes Gewissen. Wer nicht mithilft offen zu kommunizieren und Fragen zu beantworten, hinterlässt beim Redner einen etwas „fahlen“ Nachgeschmack. Der Redner bittet den GGR seine Worte zu überdenken. Eine PUK hört sich immer etwas komisch an, diese könnte jedoch dazu führen, dass mit Sicherheit gesagt werden kann, dass in der Abteilung Soziales + Jugend alles reibungslos läuft. Eine solche Feststellung wäre für alle eine Entlastung. Wird die PUK nicht kom-

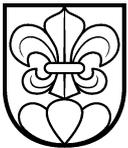
men, wird die Fraktion SVP/EDU weiterhin sehr kritisch sein und das Ganze hinterfragen und schauen, dass andere Resultate folgen.

Junker Burkhard Margrit, Gemeinderätin, SP: Die Abteilung Soziales + Jugend hat den Auftrag zur Existenzsicherung. Dies wird auch so vollzogen. Und wenn gewisse Personen zu wenig verdienen, kann dies nicht verglichen werden. Es geht um die Existenzsicherung, welche die Abteilung Soziales + Jugend gewährleisten muss.

Die Erklärung zu den PUK Kosten wurde möglicherweise falsch verstanden. Die Rednerin wollte damit nur mitteilen, dass es dem GR nicht darum ging dies zu werten, keinesfalls. Eine PUK wird etwas kosten und dies ist allen klar. Wenn das Parlament diese PUK möchte ist selbstverständlich klar, dass die Kosten anschliessend beantragt werden. Die Dossierprüfung wird nicht durch das Parlament durchgeführt. Die Dossierprüfung wird auch nicht durch Parlamentskommission vorgenommen. Die Dossierprüfung wird durch Mitglieder der Kommission Soziales sowie durch den Kanton durchgeführt. Aus Datenschutzgründen kann es nicht sein, dass ParlamentarierInnen die Dossiers kontrollieren. Dies geht auf keinen Fall, und kann nicht gestattet werden.

Die Rednerin kommt noch auf die Frage zurück, wieso nicht früher gehandelt wurde. Dies wurde deutlich in der Postulatsantwort der FDP/glp unter Punkt 9 erläutert. Es wurde sehr wohl sofort gehandelt, als das erste E-Mail eingegangen war.

Es ist richtig, dass die Gemeinde Kappelen den Vertrag nicht verlängert mit der Gemeinde Lyss. Die Rednerin wollte dies eigentlich unter Orientierungen GR informieren. Die Gemeinde Kappelen schliesst sich neu der Gemeinde Aarberg an. Die Kosten, welche im Bieler Tagblatt publiziert waren sind insofern nicht richtig, da das Alimenteninkasso dort nicht mehr angeschlossen ist. Aus diesem Grund ist der Sozialdienst Aarberg viel billiger als der Sozialdienst Lyss. Die Alimenteninkassos liefen bis Ende letzten Jahres über die Gemeinden. Ab 01.01.2015 laufen diese direkt über den Kanton. Die Gemeinde Lyss hat einen Vertrag mit der Gemeinde Aarberg. Die Abteilung Soziales + Jugend bewirtschaftet die Alimentendossiers der Gemeinde Aarberg. Die angeschlossenen Gemeinden sowie die Gemeinde Aarberg bezahlen der Gemeinde Lyss zusätzliche Infrastrukturkosten. Die Alimente werden über den Kanton abgedeckt.

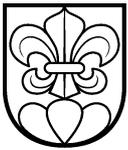


Marti Rolf, SP: Der Redner findet, dass Vieles miteinander vermischt wurde. Dem Redner ist es nicht möglich dies hier detailliert zu differenzieren. Der zu kleine Leerwohnungsbestand war vor allem der Grund für den Malus der Gemeinde Lyss, welcher vom GR der Fraktion SVP/EDU geliefert wurde. Der Leerwohnungsbestand für das laufende Jahr wurde nun noch einmal überprüft und es wurde festgestellt, dass dieser Bestand viel höher ist. Mit dem heutigen Leerwohnungsbestand, welcher im letzten Jahr bestimmt fast identisch war, wäre die Gemeinde Lyss dem Malus entgangen. Aus diesem Grund wird dieses System derart kritisiert. Es darf nicht sein, dass einzig eine solche Ziffer über einen Bonus oder Malus für die Gemeinde entscheidend sind. Die vier Grössen, welche dabei eine Rolle spielen, können nachgelesen werden. Zum heutigen Zeitpunkt ist dieser Malus-Entscheid in keiner Weise eine Aussage über die Qualität der Arbeit der Abteilung Soziales + Jugend. Zudem hat der Redner festgestellt, dass zwei Gemeinden aus dem Jura einen Bonus erhalten haben. Die beiden Gemeinden haben jedoch 29% und 46% höhere Sozialhilfekosten pro Einwohner als Lyss. Dies zeigt, dass das System hinterfragt werden muss. Für die viel höheren Sozialhilfekosten werden die Gemeinden noch belohnt. Mit der Einführung dieses Systems wollte der Kanton Bern sparen. Stattdessen muss der Kanton rund Fr. 1.6 Mio. Boni auszahlen und nimmt beispielsweise den Malus von Fr. 400'000.00 der Gemeinde Lyss ein. Dieses System kann sich für den Kanton unmöglich gelohnt haben. Diese ganze Übung ist doch einfach ein Witz. Die Aussage, das Beschwerdeschreiben an den Kanton nicht verstanden zu haben zeigt, dass sich die ganze Angelegenheit womöglich nicht ganz einfach erklären lässt. Der Redner kann sich nicht vorstellen, dass der GGR mehr Wahrhaftigkeit in einer PUK finden kann, als alle Personen welche sich bisher intensiv mit dieser Materie auseinandergesetzt haben. Es soll nicht soweit gehen, dass generelles Misstrauen gestreut und alles was bisher zu Tage getragen wurde nur durch eigenen Augenschein geglaubt wird. So funktioniert Politik nicht und der GGR wäre somit nicht mehr funktionsfähig. Der Redner ist der Meinung, sich eine PUK zu ersparen. Die Antworten zu den beiden Geschäften zeigen, dass die Qualität der Abteilung Soziales + Jugend, nicht im Mindesten eine qualifizierte Aussage durch den Fakt Malus bekommen kann. Mit diesem „komischen“ System wurde etwas versucht, was jedoch nicht funktionierte. Der Redner hat Verständnis Neues zu versuchen, um Kosten zu senken. Dies wurde damit versucht und nun ist es schwierig zuzuge-

ben, dass es keine gute Lösung war. Der Redner teilt mit, dass der Kanton für das Jahr 2014 die Anwendung dieses Bonus/Malusystems bis auf weiteres ausgesetzt hat. Offenbar waren sich die zuständigen Behörden ebenfalls nicht mehr so sicher. Der Malusentscheid ist der Grund, wieso diese Diskussion überhaupt stattfindet.

Santschi Samuel, SVP: Der Redner findet es durchaus legitim, bei einem Problem in der Gemeinde, eine PUK zu fordern. Auch wenn es sich dabei um einfache Parlamentarier handelt, wäre es möglicherweise gar nicht so dumm, als nur hochstudierte Personen zu engagieren. Schlussendlich geht es um ein Problem der Gemeinde Lyss, welches zu lösen ist. Im Weiteren weist der Redner darauf hin, dass die Personen in dieser Direktion, welche das Bonus/Malusystem entworfen haben, hochgeschätzte Beamte und Regierungsmitglieder sind, welche notabene auch nicht alle der SVP angehören. Diese PUK als „Mist“ abzutun ist auch gegenüber diesen Personen nicht fair. Sie sind heute nicht da und können dazu deshalb auch nicht Stellung beziehen. Aus diesem Grund bittet der Redner auch die eigene Position zu hinterfragen und die des Gegenübers zu akzeptieren. Der Redner wird sich bemühen, auch weiterhin so zu handeln und dies aufrecht zu erhalten.

Junker Burkhard Margrit, Gemeinderätin, SP: Möglicherweise war die Erklärung betreffend der Gemeinde Kappelen und Aarberg nicht ganz klar. Die Gemeinde Aarberg muss das Alimenterinkasso nicht bezahlen, aus diesem Grund ist der Betrag kleiner. Das Inkasso wurde nun dem Kanton angeschlossen. Bis Ende 2014 hat die Gemeinde Lyss für die Gemeinde Kappelen jedoch beides geführt. Aus diesem Grund war der Betrag der Gemeinde Lyss höher. Künftig müsste die Gemeinde Kappelen auch in Lyss weniger bezahlen da das Inkasso über den Kanton Bern läuft.



Köchli Urs, SVP: Der Redner richtet das Wort an Margrit Junker Burkhard betreffend Existenzsicherung bei den Sozialausgaben. Der Redner richtet eine konkrete Frage an Margrit Junker Burkhard. Wieso kann jemand, der am Morgen nicht aufsteht und nicht arbeiten gehen kann am Schluss mehr verdienen als jemand der am Morgen zur Arbeit geht? Für eine erwerbstätige Person muss sich dies komisch anfühlen und zur Überlegung führen, wieso diese überhaupt noch zur Arbeit geht. Es kann doch nicht sein, dass Personen welche aus irgendeinem Grund nicht arbeiten können, schlussendlich besser da stehen, als Erwerbstätige. Der Redner findet dieses System inakzeptabel.

Stähli Daniel, FDP: Der Redner möchte nicht mit Vermutungen und persönlichen Angriffen weiterfahren. Die Fraktion FDP/glp wird die PUK ablehnen. Die Fraktion FDP/glp ist klar der Meinung, dass mit dem Postulat der FDP/glp zielführend die richtigen Fragen gestellt wurden. Diese Fragen wurden sehr umfangreich und umfassend beantwortet. Der Redner glaubt nicht, dass eine PUK im Lysser Parlament irgendwelche Sozialsystemfehler, welche eher nationalen Charakter haben, lösen können.

Beschluss mit 31 : 10 Stimmen

Der GGR lehnt die Motion der Fraktion SVP/EDU „Einberufung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission in Sachen Malus Sozialdienste Lyss (PUK Soziales)“ ab.

Beilagen

keine